NIEDERSCHRIFT

13. Sitzung des Rates der Stadt Alsdorf

Sitzungstermin:	Dienstag, 28.03.2023
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:25 Uhr
Ort, Raum:	Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

Herr Bürgermeister Alfred Sonders - Stadtverwaltung
Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Dirk Schaffrath - CDU-Fraktion
Herr Stv. Markus Conrads - SPD-Fraktion
Herr Stv. Stefan Breuer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Marcel Gandelheidt - SPD-Fraktion
Herr Stv. Ingo Gardlowski - SPD-Fraktion
Herr Stv. Konrad Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Heinrich Liska - SPD-Fraktion, Mitglied der FDP-Partei
Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion
Frau Stv. Sandra Niedermaier - SPD-Fraktion
Frau Stv. Petra Odenbreit - SPD-Fraktion
Herr Stv. Thomas Plikat - SPD-Fraktion
Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion
Herr Stv. Tino Schwedt - SPD-Fraktion
Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch - SPD-Fraktion
Herr Stv. Franco Toccori - SPD-Fraktion
Herr Stv. Sadi Ünal - SPD-Fraktion
Herr Stv. Jörg Willms - SPD-Fraktion
Herr Stv. Ingo Boehm - CDU-Fraktion
Frau Stv. Alexandra Brandt - CDU-Fraktion
Herr Stv. Wilfried Maul - CDU-Fraktion
Herr Stv. Ronny Niessen - CDU-Fraktion
Frau Stv. Lena Pütz - CDU-Fraktion
Herr Stv. Florian-Paul Weyand - CDU-Fraktion
Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich - GRÜNE-Fraktion
Frau Stv. Janine Ivancic - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Hartmut Malecha - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Lukas Matzerath - AfD-Fraktion

Herr Stv. Markus Matzerath - AfD-Fraktion

Herr Stv. Norbert Dovert - Fraktionslos

Abwesend waren:

Frau Stv. Samira Backes-Ei Mahi - SPD-Fraktion

entschuldigt

Herr Stv. Manfred Held - SPD-Fraktion

entschuldigt

Herr Stv. Roland Pokall - SPD-Fraktion

entschuldigt

Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion

entschuldigt

Herr Stv. Fabian Dohms - CDU-Fraktion

entschuldigt

Frau Stv. Ulrike Wagner - CDU-Fraktion

entschuldigt

Herr Stv. Thomas Langer - GRÜNE-Fraktion

entschuldigt

Frau Stv. Isabelle Holthaus - AfD-Fraktion

entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
Vorlage: 2023/0113/A12
2. Fragestunde für Einwohner/innen
Vorlage: 2023/0114/A12
3. Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2023/0115/A12
4. Überplanmäßige Aufwendungen gemäß § 83 GO NRW für das Haushaltsjahr 2022;
hier: Bildung einer Rückstellung für unterlassene Straßenreparaturmaßnahmen
Vorlage: 2023/0127/A60
5. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 4. Quartal des
Haushaltsjahres 2022
Vorlage: 2023/0124/A20
6. Bildung von Ermächtigungsübertragungen im Rahmen der Haushaltswirtschaft der
Stadt Alsdorf im Haushaltsjahr 2022
Vorlage: 2023/0030/A20
7. Entwurf des Jahresabschlusses 2022
Vorlage: 2023/0121/A20
8. Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet;
hier: Fortschreibung der Bedarfsplanung 2023-2025 für Kindertageseinrichtungen und
Kindertagespflege einschl. bedarfsgerechter Ausbauplanung und zukünftiger Gruppen-
formen
Vorlage: 2023/0083/A51.1
9. Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz -);
hier: Siebte Änderung der Kinderfördersatzung (Kfs) der Stadt Alsdorf
Vorlage: 2023/0084/A51.1
10. Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 06.03.2023;
hier: Schaffung eines bürgernahen online-Meldeportals für Alltagsprobleme im Stadt-
gebiet / "Problemmelder"
Vorlage: 2023/0138/A10
11. 4. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Alsdorf vom 24.04.2008
Vorlage: 2023/0132/A12
12. 12. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Alsdorf vom 28.04.2008
Vorlage: 2023/0133/A12

13. Änderung in der Besetzung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 2023/0134/A12
14. Gebührenkalkulation für den Rettungsdienst der Stadt Alsdorf
Vorlage: 2023/0129/A32
15. 6. Änderung der Gebührensatzung für die Notunterkunft der Stadt Alsdorf vom 14.03.2000
Vorlage: 2023/0125/A50
16. Anfragen und Mitteilungen
- Schriftliche Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 27.03.2023;
hier: Aachener Initiative zu Tempo 30
Vorlage: 2023/0116/A12
17. Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf vom 20.03.2023;
hier: Resolution zur drohenden Sperrung der A 544
Vorlage: 2023/0161/A61
18. Genehmigung einer Eilentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW;
hier: Resolution "Nachhaltige Finanzierung für einen zukunftsfähigen Nahverkehr"
Vorlage: 2023/0144/A61-1

Nichtöffentlicher Teil:

1. Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2023/0117/A12
2. Berichte aus den Gremien
Vorlage: 2023/0118/A12
3. Erschließung Am Hüttchensweg;
hier: Kostensteigerung für die Erschließung
Vorlage: 2023/0130/A66
4. Anfragen und Mitteilungen
Mitteilung zum Thema:
- Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung
- Kassenprüfung der Jagdgenossenschaften I und II
Vorlage: 2023/0119/A12

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung der Sitzung Vorlage: 2023/0113/A12

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, die erschienenen Zuhörer/innen, die Mitarbeiter/innen der Verwaltung (Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen, Herrn Kämmerer Hafers, Referat 1 – Finanzen, Herrn Schmidt, Referat 2 – Jugend, Schulen und Sport, Frau Assessorin Klingenberg, A 30 – Rechtsamt, Frau Beylich, A 14 – Rechnungsprüfungsamt, Frau di Paolo, A 20 – Kämmereiamt, Herrn Dziatzko, A 61 – Amt für Planung und Umwelt, Frau Filipenoks, A 12 – Amt für Rat und Verfassung, Frau Born, A 12 – Amt für Rat und Verfassung, Herrn Poßberg, A 12 – Amt für Rat und Verfassung sowie Frau Esser, A 12 – Amt für Rat und Verfassung (Schriftführerin)).

Anschließend stellt Herr Bürgermeister Sonders fest, dass Einladung und Erläuterungen sowie die zwei Nachträge zur heutigen Sitzung allen Beteiligten form- und fristgerecht zugegangen sind. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt fest.

Zunächst gibt Herr Bürgermeister Sonders Folgendes zur Information:

Öffentlicher Teil:

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnung um

- TOP 17: Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf vom 20.03.2023;
hier: Resolution zur drohenden Sperrung der A 544
- TOP 18: Genehmigung einer Eilentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW;
hier: Resolution "Nachhaltige Finanzierung für einen zukunftsfähigen Nahverkehr"

zu **erweitern**.

Nachgereicht wurden die Erläuterungen zu

- TOP 3: Bericht der Verwaltung
- TOP 5: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 4. Quartal des Haushaltsjahres 2022
- TOP 7: Entwurf des Jahresabschlusses 2022

Nachgereicht wurden die Beratungsergebnisse aus dem Hauptausschuss zu

- TOP 4: Überplanmäßige Aufwendungen gemäß § 83 GO NRW für das Haushaltsjahr 2022;
hier: Bildung einer Rückstellung für unterlassene Straßenreparaturmaßnahmen
- TOP 6: Bildung von Ermächtigungsübertragungen im Rahmen der Haushaltswirtschaft der Stadt Alsdorf im Haushaltsjahr 2022
- TOP 9: Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz -);
hier: Siebte Änderung der Kinderfördersatzung (Kfs) der Stadt Alsdorf
- TOP 11: 4. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Alsdorf vom 24.04.2008
- TOP 12: 12. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Alsdorf vom 28.04.2008
- TOP 14: Gebührenkalkulation für den Rettungsdienst der Stadt Alsdorf
- TOP 15: 6. Änderung der Gebührensatzung für die Notunterkunft der Stadt Alsdorf vom 14.03.2000

Nichtöffentlicher Teil:

Nachgereicht wurden die Erläuterungen zu

- TOP 3: Erschließung am Hüttchensweg;
hier: Kostensteigerung für die Erschließung.

Danach stellt Herr Bürgermeister Sonders die Tagesordnung in der nun vorliegenden Form zur Abstimmung. Diese wird mit den von Herrn Bürgermeister Sonders vorgebrachten Änderungen **einstimmig** angenommen.

Weder für den öffentlichen noch für den nichtöffentlichen Sitzungsteil werden mündliche Anfragen angemeldet.

Nunmehr stellt Herr Bürgermeister Sonders die Frage, ob sich ein Mitglied des Rates der Stadt zu einem der Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung für befangen erklärt. Dies ist nicht der Fall.

zu 2 **Fragestunde für Einwohner/innen**
Vorlage: 2023/0114/A12

Protokoll:

Seitens der Einwohner/innen werden keine Anfragen gestellt.

zu 3 **Bericht der Verwaltung**
Vorlage: 2023/0115/A12

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Rates der Stadt gefassten Beschlüsse und der noch nicht ausgeführten Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

zu 4 **Überplanmäßige Aufwendungen gemäß § 83 GO NRW für das Haushaltsjahr 2022;**
hier: Bildung einer Rückstellung für unterlassene Straßenreparaturmaßnahmen
Vorlage: 2023/0127/A60

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln gem. § 83 GO NRW für das Haushaltsjahr 2022 in Höhe von 500.000 Euro für unterlassene Straßenreparaturmaßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 5 **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 4. Quartal des Haushaltsjahres 2022**
Vorlage: 2023/0124/A20

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf nimmt die Anzeige der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im vierten Quartal des Haushaltsjahres 2022 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

zu 6 Bildung von Ermächtigungsübertragungen im Rahmen der Haushaltswirtschaft der Stadt Alsdorf im Haushaltsjahr 2022
Vorlage: 2023/0030/A20

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Ermächtigungsübertragungen zum Jahresabschluss 2022 i. H. v. insgesamt 7.979.545,97 € (**Anlage**) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

zu 7 Entwurf des Jahresabschlusses 2022
Vorlage: 2023/0121/A20

Protokoll:

Herr Kämmerer Hafers stellt den Entwurf des Jahresabschlusses 2022 anhand einer PowerPoint-Präsentation dar.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im Anschluss an seinen Vortrag bedankt sich Herr Kämmerer Hafers bei den Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung für die Unterstützung bei der Erarbeitung des Jahresabschlusses.

Herr Bürgermeister Sonders schließt sich dem Dank an die Kolleginnen und Kollegen an. Jede/r Mitarbeiter/in kümmere sich darum, dass jegliche Fristen eingehalten werden und man somit den Verpflichtungen gegenüber den Aufsichtsbehörden nachkommen könne. Aus dem Entwurf des Jahresabschlusses sei positiv hervorzuheben, dass durch den umsichtigen Umgang mit den Haushaltsmitteln positives Eigenkapital habe generiert werden können. Zudem sei die Phase des Stärkungspaktes vorüber, so dass man in Zukunft wieder aus eigener Kraft Dinge vorantreiben könne. Zum Thema Gewerbesteuer teilt Herr Bürgermeister Sonders mit, dass man in den letzten Jahren von den Gewerbesteuereinnahmen profitiert habe, jedoch könne es hierbei auch zu enormen Schwankungen kommen. Es sei wichtig, damit weiterhin vorsichtig umzugehen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Jahresabschluss 2022 zur Kenntnis und leitet ihn zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiter.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 8 Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet;
hier: Fortschreibung der Bedarfsplanung 2023-2025 für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege einschl. bedarfsgerechter Ausbauplanung und zukünftiger Gruppenformen
Vorlage: 2023/0083/A51.1**

Protokoll:

Frau Stv. Ivančić teilt für die GRÜNE-Fraktion mit, dass dem Beschlussvorschlag zugestimmt werde. Es sei jedoch aufgefallen, dass bei der Darstellung der finanziellen Auswirkungen ein Rechenfehler vorliege. Die Differenz der BK-Zuschüsse belaufe sich auf circa 1.390.639 € bei einem städtischen Zuschuss von circa 50 %. In der Vorlage sei hier ein Betrag von 395.318 € ausgewiesen, was jedoch keine 50 % darstelle.

Anmerkung der Verwaltung:

Der städtische Zuschuss beläuft sich auf 695.319,50 €.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

- a) Die Fortschreibung der Bedarfsplanung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege – Fortschreibungszeitraum 01.08.2023 bis 31.07.2024 – wird zur Kenntnis genommen.
- b) Die dargestellten Planansätze werden bestätigt:
 - als Planungsgrundlage gilt eine Versorgungsquote in Höhe von 100 % für 3-jährige Kinder bis zur Einschulung und eine Versorgungsquote in Höhe von 45 % für unter 3-jährige Kinder;
 - Betreuungsplätze in Kindertagespflege sollten unter Berücksichtigung der durch das Land vorgesehenen Kontingentierung vorgehalten werden.

Darüber hinaus wird der durch die Verwaltung dargestellte Sachverhalt zu den bereits in den letzten Bedarfsplanungen beschlossenen Maßnahmen zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird die notwendigen Schritte zur Erreichung der angestrebten Versorgungsquoten in die Wege leiten.

- c) Die Zahl der in der Stadt Alsdorf tätigen Kindertagespflegepersonen wird für das Kindergartenjahr 2023/2024 auf insgesamt 37 festgelegt.
- d) Die Verwaltung ist – im Einvernehmen mit den Trägern – berechtigt, über den 15. März hinaus noch Veränderungen in den geplanten Gruppenformen vorzunehmen.
- e) Die mit den Landesmitteln geförderten Einrichtungen werden weiterhin für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege oder Familienzentren nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) – Sechstes Gesetz zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch – überwiegend genutzt. Plätze, die seit 2008 im Rahmen der U 3 – Investitionsprogramme geschaffen wurden, werden vorrangig mit Kindern unter drei Jahren belegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- zu 9** **Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz -);**
hier: Siebte Änderung der Kinderfördersatzung (Kfs) der Stadt Alsdorf
Vorlage: 2023/0084/A51.1
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Siebte Änderung der Kinderfördersatzung der Stadt Alsdorf in der als **Anlage** beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- zu 10** **Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 06.03.2023;**
hier: Schaffung eines bürgernahen online-Meldeportals für Alltagsprobleme im Stadtgebiet / "Problemmelder"
Vorlage: 2023/0138/A10
-

Protokoll:

Herr Stv. Weyand, CDU-Fraktion, begrüßt, dass seit der Fraktionsantrag im Rathaus bekannt sei, der „Bürgerideen + Mängelmelder“ der Stadt Alsdorf auf der städtischen Homepage präserter dargestellt werde. Im Antrag gehe es um die Einrichtung eines Online-Meldeportales, was jedoch wesentlich detaillierter sein solle. Die Verwaltung solle prüfen, ob dies verwaltungsintern möglich sei oder ob externe Drittanbieter hierfür beauftragt werden müssten. Nach Prüfung solle eine fraktionsübergreifende Koordinierungsgruppe für eine mögliche Umsetzung eingerichtet werden. Hier könne der „Mängelmelder“ der Stadt Aachen als Vorbild fungieren. Der Bürgerideen + Mängelmelder der Stadt Alsdorf habe zwar verschiedene Schadensmeldungsmöglichkeiten, allerdings fehle der Ideenmelder. Darüber hinaus weist Herr Stv. Weyand darauf hin, dass man sich auch über die Internetseite „mängelmelder.de“ informiert habe. Hier seien zwei Mängel bei der Stadt Alsdorf eingetragen, diese seien bisher jedoch nicht bearbeitet. Er fragt, wo diese Mitteilungen eingehen und wieso diese noch nicht beantwortet seien. Abschließend bittet er die anderen Fraktionen darum, dem Antrag zu folgen.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, bedankt sich für die Ausführungen. Die GRÜNE-Fraktion unterstütze den Antrag und spricht sich für Beschlussvorschlag a) aus. Auf eine Arbeitsgruppe könne verzichtet werden, da es bereits Erfahrungen mit solchen Portalen gebe.

Herr Stv. Loosz teilt für die SPD-Fraktion mit, dass die Stadt Alsdorf ein gut funktionierendes Bürgerportal habe. Dies sei auskömmlich.

Herr Stv. Weyand, CDU-Fraktion, erklärt, dass durch dieses Portal auch Doppelmeldungen verhindert werden können und somit auch die Mehrarbeit für die Verwaltung eingeschränkt werde. Auch der Informationsfluss an die Bürger/innen könne effizien-

ter erfolgen. Der Ansatz des Portales der Stadt Alsdorf sei gut, jedoch bittet die CDU-Fraktion um Erweiterung.

Herr Bürgermeister Sonders weist darauf hin, dass die Stadt Aachen fünfmal größer sei und andere Strukturen habe. Die in der Stadtverwaltung Alsdorf eingehenden Meldungen werden umgehend bearbeitet. Er selbst habe bisher nicht den Eindruck, dass dies nicht ausreiche. Man dürfe zudem nicht vergessen, dass man für den Aufwand Geld und Personalressourcen benötige, zum Beispiel für das Einrichten einer App. Er nehme gerne Vorschläge entgegen, um das Alsdorfer Meldeportal zu erweitern und zu verbessern, der Antrag gehe ihm darüber hinaus jedoch zu weit.

Herr Stv. Plum, SPD-Fraktion, bemerkt, dass die Stadt Aachen kein gutes Vorbild darstelle. Er selbst habe einen Mangel dort weitergeleitet, jedoch weder eine Rückmeldung erhalten, noch sei der Mangel behoben worden.

Herr Stv. Weyand weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion lediglich eine Prüfung zur Einrichtung eines solchen Portales beantrage und damit zunächst keine Kosten anfallen würden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt diese Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (bei 13 Gegenstimmen)

zu 11 **4. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Alsdorf vom 24.04.2008**
Vorlage: 2023/0132/A12

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die 4. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Alsdorf vom 24.04.2008 in der als **Anlage** beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 12 **12. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Alsdorf vom 28.04.2008**
Vorlage: 2023/0133/A12

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die 12. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Alsdorf vom 28.04.2008 in der als **Anlage** beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders weist darauf hin, dass seitens der GRÜNE-Fraktion kurzfristig ein Umbesetzungsantrag gestellt worden sei und auch seitens der Verwaltung gebe es zwei Änderungen. Der Beschluss müsse wie folgt lauten:

- 1.) Der Rat der Stadt Alsdorf wählt als Ersatz für die ehemalige Technische Beigeordnete Frau Susanne Lo Cicero-Marenberg Herrn Andreas Dziatzko, zukünftiger Dezernent des Dezernates II,
 - a) als persönlichen Vertreter des Herrn Bürgermeister Sonders in die **Gesellschafterversammlung der Alsdorfer Bauland GmbH**,
 - b) in den **Beirat für Verkehrsfragen der ASEAG**,
 - c) zum beratenden Mitglied in den **Energiebeirat GAS der Energie- und Wasserversorgung GmbH (EWV)**
 - d) zum persönlichen Stellvertreter des Herrn Bürgermeister Sonders in die **Verbandsversammlung der Regioentsorgung**,
 - e) zum persönlichen Stellvertreter des Herrn Bürgermeister Sonders in den **Verwaltungsrat der Regioentsorgung**.
- 2.) Der Rat der Stadt Alsdorf wählt als Ersatz für die ehemalige Technische Beigeordnete Frau Susanne Lo Cicero-Marenberg Frau Dominika Wirtz, A 66 – Eigenbetrieb Technische Dienste,
 - a) in den **Ausschuss für Strukturfragen der Regioentsorgung**,
 - b) in den **Regionalen Abfallwirtschaftsbeirat der Regioentsorgung**.
- 3.) Der Rat der Stadt Alsdorf wählt auf Vorschlag der GRÜNE-Fraktion folgende Stellvertreter/innen jeweils für Frau Heidrun Sengstake, sachkundige Bürgerin gem. § 58 Abs. 3 GO NRW, und Herrn Thomas Hermanns, sachkundiger Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NRW, in den **Ausschuss für Stadtentwicklung**:

Herrn Rainer Janssen
Herrn Stv. Hartmut Malecha
Herrn Stv. Thomas Langer
Herrn Stv. Horst-Dieter Heidenreich
Frau Stv. Janine Ivančić
Herrn Karl-Heinz Balfanz
Herrn Karl Lang
Frau Magdalena Malecha
Herrn Marc Peters

- 4.) Der Rat der Stadt Alsdorf wählt auf Vorschlag der GRÜNE-Fraktion als Ersatz für Herrn Rainer Janssen Herrn Johann-Josef Kuntz zum beratenden Mitglied gem. § 58 Abs. 4 GO NRW in den **Ausschuss für Stadtentwicklung**.

Beschluss:

- 1.) Der Rat der Stadt Alsdorf wählt als Ersatz für die ehemalige Technische Beigeordnete Frau Susanne Lo Cicero-Marenberg Herrn Andreas Dziatzko, zukünftiger Dezernent des Dezernates II,
- a) als persönlichen Vertreter des Herrn Bürgermeister Sonders in die **Gesellschafterversammlung der Alsdorfer Bauland GmbH**,
 - b) in den **Beirat für Verkehrsfragen der ASEAG**,
 - c) zum beratenden Mitglied in den **Energiebeirat GAS der Energie- und Wasserversorgung GmbH (EWV)**
 - d) zum persönlichen Stellvertreter des Herrn Bürgermeister Sonders in die **Verbandsversammlung der Regioentsorgung**,
 - e) zum persönlichen Stellvertreter des Herrn Bürgermeister Sonders in den **Verwaltungsrat der Regioentsorgung**.
- 2.) Der Rat der Stadt Alsdorf wählt als Ersatz für die ehemalige Technische Beigeordnete Frau Susanne Lo Cicero-Marenberg Frau Dominika Wirtz, A 66 – Eigenbetrieb Technische Dienste,
- a) in den **Ausschuss für Strukturfragen der Regioentsorgung**,
 - b) in den **Regionalen Abfallwirtschaftsbeirat der Regioentsorgung**.
- 3.) Der Rat der Stadt Alsdorf wählt auf Vorschlag der GRÜNE-Fraktion folgende Stellvertreter/innen jeweils für Frau Heidrun Sengstake, sachkundige Bürgerin gem. § 58 Abs. 3 GO NRW, und Herrn Thomas Hermanns, sachkundiger Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NRW, in den **Ausschuss für Stadtentwicklung**:
- Herrn Rainer Janssen
 - Herrn Stv. Hartmut Malecha
 - Herrn Stv. Thomas Langer
 - Herrn Stv. Horst-Dieter Heidenreich
 - Frau Stv. Janine Ivančić
 - Herrn Karl-Heinz Balfanz
 - Herrn Karl Lang
 - Frau Magdalena Malecha
 - Herrn Marc Peters
- 4.) Der Rat der Stadt Alsdorf wählt auf Vorschlag der GRÜNE-Fraktion als Ersatz für Herrn Rainer Janssen Herrn Johann-Josef Kuntz zum beratenden Mitglied gem. §

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 14 Gebührenkalkulation für den Rettungsdienst der Stadt Alsdorf
Vorlage: 2023/0129/A32

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die als **Anlage** beigefügte 25. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst in der Stadt Alsdorf vom 20.06.1979.

Die Änderungssatzung tritt am 01.04.2023 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 15 6. Änderung der Gebührensatzung für die Notunterkunft der Stadt Alsdorf vom
14.03.2000
Vorlage: 2023/0125/A50

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt die als **Anlage** beigefügte 6. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Unterkünfte der Stadt Alsdorf vom 14.03.2000 mit Wirkung zum 01.04.2023.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 16 Anfragen und Mitteilungen
- Schriftliche Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 27.03.2023;
hier: Aachener Initiative zu Tempo 30
Vorlage: 2023/0116/A12

Protokoll:

Schriftliche Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 27.03.2023 zum Thema „Aachener Initiative zu Tempo 30“

Herr Bürgermeister Sonders weist darauf hin, dass die Anfrage mit der Niederschrift beantwortet werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verwaltung hatte keine Kenntnis von der Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeit“. Wie dem Zeitungsartikel zu entnehmen war, haben sich die Verkehrsminister von Bund und Ländern darauf verständigt, dass den Städten und Gemeinden ein größerer Handlungsspielraum hinsichtlich der Einführung

von Tempo-30-Regelungen eingeräumt werden soll. Zunächst bleibt abzuwarten, welche konkreten gesetzlichen Bestimmungen dazu erlassen werden.

**zu 17 Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf vom 20.03.2023;
hier: Resolution zur drohenden Sperrung der A 544
Vorlage: 2023/0161/A61**

Protokoll:

Herr Stv. Weyand, CDU-Fraktion, erläutert den Antrag. Es gehe um die Vollsperrung der Haarbachtalbrücke durch die Brückensanierung, was nicht nur den Autoverkehr, sondern auch den ÖPNV für voraussichtlich 22 Monate oder mehr betreffe. Laut Pendleratlas habe die Stadt Alsdorf 15.000 Pendler/innen. Ein Antrag der CDU-Fraktion für eine Behelfsbrücke sei wegen des Eingriffs in das Landschaftsschutzgebiet abgelehnt worden. Ziel müsse aber sein, mit anderen Kommunen etwas auf den Weg zu bringen, auch fraktionsübergreifend, dass die Vollsperrung nicht in einem kompletten Chaos ende. Die SPD-Fraktion habe bei der StädteRegion einen Antrag gestellt mit Forderungen, wie beispielsweise einer engeren Taktung oder größeren Zügen der Euregiobahn, den beschleunigten Brückenabbruch, die Ausweitung der Baustellenzeit auf 24 Stunden und ein LKW-Durchfahrtsverbot an einigen Stellen. Darüber hinaus bezieht er sich auf die Reaktion der Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen, Frau Keupen, im November 2022 zu dieser Thematik. Er wisse nicht, wie bei einer solchen Einstellung eine überregionale Zusammenarbeit mit der Stadt Aachen erfolgen könne, vor allem in Bezug auf die Regiotram.

Herr Stv. Loosz teilt mit, dass die SPD-Fraktion den Antrag unterstütze. In die Resolution solle allerdings noch mit aufgenommen werden, dass die während der Bauzeit genutzten Schleichwege geprüft und das Geld für im Nachhinein erforderliche Sanierungen vom Bund gefordert werde. Zudem könne versucht werden, zusätzliche Mittel für den ÖPNV zu erhalten, zum Beispiel für eine höhere Taktung der Busse und Bahnen.

Herr Stv. Heidenreich erklärt, dass auch die GRÜNE-Fraktion ein Verkehrschaos befürchte. Nichtsdestotrotz könne nicht außer Acht gelassen werden, dass ein Ersatzbrückenbau nicht zielführend und der Eingriff in das Landschaftsschutzgebiet nicht möglich sei. Die Resolution könne dahingehend umformuliert werden, dass alle praktikablen Alternativmöglichkeiten geprüft werden. Gleichwohl sei die GRÜNE-Fraktion der Meinung, dass den bei der Sperrung betroffenen Unternehmen für die Bauzeit finanziell geholfen werden müsse, um finanzielle Engpässe zu vermeiden.

Herr Bürgermeister Sonders führt aus, dass man sich auf der Bürgermeisterkonferenz mit diesem Thema beschäftigt habe und niemand davon ausgehe, dass das Vorhaben ohne Probleme von statten laufe. Man hoffe, dass die vorhandene Brücke noch verkehrssicher bleibe, bis die Nebenbaustellen fertiggestellt seien. In Zusammenarbeit mit allen Beteiligten in der Region müssen Lösungen und Entlastungsmöglichkeiten gefunden werden, damit man nicht im Verkehr „ersticke“. Ein probates Mittel hierfür sei eine engere Taktung des ÖPNV sowie des SPNV. Hierfür müsse von den Baulastträgern eine zusätzliche Unterstützung erfolgen, die über die Resolution eingefordert werden könne. Zum anderen müssen die hauptbelasteten Knoten- und Umleitungsstrecken, die durch erheblichen Schwerlastverkehr frequentiert werden, begutachtet werden. Das Ergebnis werde festgehalten und nach Ende der Bau-phase werde erneut geprüft, wie schadhaft diese Strecken seien. Der Verkehrsträger

solle dann veranlasst werden, Reparaturen durchzuführen und der Bund müsse dazu seinen Beitrag leisten. Die Resolution wolle er mit diesen Schwerpunkten umformulieren und die Punkte, die im Antrag obsolet seien, weglassen. Die Resolution solle dann fraktionsübergreifend abgestimmt und gegebenenfalls ergänzt werden, sodass die Resolution im Namen des Rates der Stadt versendet werde. Die Stadt Würselen habe gestern über diese Thematik beraten und sei zu dem Entschluss gekommen, dass eine Regionalkonferenz mit den Hauptverwaltungsbeamten und den politischen Fraktionsspitzen erfolgen solle. Somit würde die Region mit einer Stimme sprechen, um Druck auf die Bauträger ausüben zu können. Auch das werde er in die Resolution aufnehmen. Ferner solle versucht werden, eine höhere Taktung der Euregiobahn bereits jetzt einzuführen.

Herr Stv. Weyand, CDU-Fraktion, bittet darum, den beschleunigten Brückenabbruch und die Ausweitung der Bauzeiten in die Resolution mit einzubringen.

Frau Stv. Ivančić, GRÜNE-Fraktion, weist darauf hin, dass die Taktung der Euregiobahn in die andere Richtung nicht vergessen werden dürfe.

Herr Bürgermeister Sonders sagt, dass er die Vorschläge von Herrn Stv. Weyand und Frau Stv. Ivančić in der Resolution berücksichtigen werde.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, fragt nach dem weiteren Verfahren bezüglich der Resolution.

Herr Bürgermeister Sonders sagt, dass er die Resolution mit den angesprochenen Punkten überarbeite und dann in Form einer Dringlichkeitsentscheidung den Fraktionen zukommen lasse.

Herr Stv. Markus Matzerath, AfD-Fraktion, schlägt vor, beim Bund nachzufragen, ob für die Bauphase gegebenenfalls das 49 €-Ticket oder E-Bikes subventioniert werden. Das würde auch der Umwelt zugutekommen.

Herr Bürgermeister Sonders führt aus, dass derzeit ein Beschlussvorschlag bezüglich Jobticket und E-Bike erarbeitet werde. Momentan werde ein Unterstand für die Fahrräder gebaut und eine Dusche für die Kolleginnen und Kollegen sei bereits installiert worden. Er sehe jedoch keine Möglichkeit, diesen Vorschlag in die Resolution einzuarbeiten. Abschließend schlägt Herr Bürgermeister Sonders folgenden Beschlussvorschlag vor:

„Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die Resolution zur drohenden Sperrung der A 544 in Abstimmung mit den Fraktionsvorsitzenden zu überarbeiten, um diese im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung zu beschließen.“

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die Resolution zur drohenden Sperrung der A 544 in Abstimmung mit den Fraktionsvorsitzenden zu überarbeiten, um diese im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 18 **Genehmigung einer Eilentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW;
hier: Resolution "Nachhaltige Finanzierung für einen zukunftsfähigen Nahverkehr"**
Vorlage: 2023/0144/A61-1

Beschluss:

Der Rat der Stadt genehmigt die als **Anlage** beigefügte Eilentscheidung des Hauptausschusses des Rates der Stadt vom 21.03.2023 gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

gez. Sonders
Bürgermeister

gez. Esser
Schriftführerin